

1. Frage:

Das Ministerium für Bildung und Kultur betreibt das Projekt „Gesunde Schule“ nicht ohne Grund.

Wie sollte Ihrer Meinung nach der ständig steigenden Belastung für unsere Kolleginnen und Kollegen durch stetige Veränderungen (erhöhter Verwaltungsaufwand, Neugliederung des Übergangsbereiches, sehr heterogene Schülerschaft, etc.) Rechnung getragen werden?

Wenn die Arbeitsbedingungen nicht stimmen, weil der Kürzungsdruck zu groß ist, nützt auch das beste Projekt wenig. Wir wollen die Lehrkräfte von Verwaltungsarbeiten entlasten – dafür müssen zusätzliche Verwaltungskräfte an den Schulen eingestellt werden. Wir wollen für zusätzliche Aufgaben wie Inklusion und die Unterrichtung einer immer heterogener werdenden Schülerschaft mit zunehmenden Defiziten im Hinblick auf die deutsche Sprache zusätzliches Lehr- und Unterstützungspersonal an den Schulen sowie kleinere Klassen.

Das Land muss insgesamt mit einem Gesamtkonzept mehr für die Gesundheitsvorsorge seiner Lehrerinnen und Lehrer tun. Mit Blick auf unser Nachbarland Rheinland-Pfalz sollte die Bündelung der Aktivitäten in Form eines eigenen Instituts für Lehrgesundheit geprüft werden. Der Anteil der dienstunfähigen Lehrerinnen und Lehrer ist im Saarland auffallend hoch und hier gilt es, Abhilfe zu schaffen.

Vor dem Hintergrund der Pandemie fordern wir ein umfassenderes Maßnahmenpaket für die Schulen mit einer engmaschigeren Teststrategie, mit einem flächendeckenden Einsatz von Luftfiltergeräten in allen Schulen sowie verstärkte Schutzmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler, für die Lehrkräfte, für die Erzieherinnen und Erzieher und die Beschäftigten in den saarländischen Schulen. Lehrkräfte sollten auch im Hinblick auf PCR-Tests unter die Priorisierung fallen.

2. Frage:

Berufliche Schulen bieten ein hohes Maß an Durchlässigkeit und oft übersehene Aufstiegs-möglichkeiten bis hin zur Allgemeinen Hochschulreife.

Was werden Sie tun, um in Zukunft den Fortbestand der hervorragend funktionierenden Fachoberschulen zu sichern und wie stärken Sie die Eigenständigkeit der beruflichen Oberstufen-gymnasien, die inzwischen in großer Konkurrenz zu Oberstufen allgemeinbildender Schulformen stehen und dabei wie kaum eine andere Schulform durch ihre berufliche Profilierung dazu beitragen Studiengangwechsel – und abbrüche zu verringern?

Die beruflichen Schulen tragen zur Durchlässigkeit im Bildungssystem und damit zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei. Daher muss die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung erreicht und die beruflichen Vollzeitschulen durch angemessene Berücksichtigung der berufsbildenden Fächer gestärkt werden. Die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule wollen wir aufwerten.

Es braucht:

- mehr Personal, um Unterrichtsausfall und Lehrermangel zu beseitigen.
- qualifizierte Fachkräfte für berufsspezifische Unterrichtsfächer im Rahmen der dualen Ausbildung erreichen.
- eine standortspezifische Lehrerreserve, um krankheitsbedingte Belastungen aufzufangen.

Es muss vor allem sichergestellt sein, dass die Oberstufengymnasien mit beruflicher Fachrichtung an den Berufsbildungszentren ausreichend mit ausgebildeten Lehrkräften personalisiert sind. Eine Aufstockung der Stellen ist insgesamt unbedingt erforderlich. Dafür ist DIE LINKE im saarländischen Landtag stets eingetreten, was umfängliche Änderungsanträge zu den Haushaltsplänen der letzten Jahre dokumentieren. Die Möglichkeit, an beruflichen Schulen nach neun Jahren ein Abitur machen zu können, ist ein wichtiger Baustein unseres Bildungssystems und muss erhalten bleiben – gerade als Alternative zum gymnasialen Weg. Für uns stellt dies eine notwendige Ergänzung des Bildungsangebotes dar. Darum wollen wir die beruflichen gymnasialen Oberstufen im Land stärken.

3. Frage:

Im bundesweiten Vergleich werden die saarländischen Beamten am schlechtesten besoldet (ca. 3 % schlechter als der Bundesdurchschnitt). Zur Verbesserung der Situation fordern wir eine Anpassung der Besoldung an den Bundesdurchschnitt und eine Abschaffung der Kostendämpfungspauschale, die im Grunde einer „Lohnkürzung durch die Hintertür“ gleichkommt. Darüber hinaus darf es keine weiteren Verschlechterungen im Beihilferecht für die saarländischen Beamten geben. Wie stehen Sie dazu?

Wir sprechen uns gegen weitere Verschlechterungen für die Beamtinnen und Beamten aus. Es braucht vielmehr bessere Perspektiven statt ständiger Sparrunden. Die Situation bei der Personal- und Fachkräftegewinnung, gerade auch im kommunalen Bereich des öffentlichen Dienstes, ist problematisch. Die meisten Dienststellen sind nur unzureichend auf die in den nächsten Jahren im erheblichen Umfang anstehende Nachbesetzung von altersbedingt ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen vorbereitet sind. Eine strategische Personalplanung, die zum Beispiel rechtzeitige und anforderungsgerechte Maßnahmen für erfolgreiche Stellenbesetzungen und den entsprechenden Wissenstransfer ermöglicht, findet häufig nicht statt – so äußern sich Vertreter des DBB zu Recht.

Die Arbeits- und Einkommensbedingungen sind selten noch zeitgemäß. Dadurch ist die öffentliche Verwaltung nur noch bedingt konkurrenzfähig und das muss sich ändern.

4. Frage:

Unsere Kolleginnen und Kollegen bekommen ab der Übertragung einer Funktion, die eine Besoldungserhöhung von A13 nach A14 (bzw. von A14 nach A15) mit sich bringt, erst nach drei Jahren getaner Arbeit die Besoldungserhöhung. Bei der Übertragung einer Funktion der Besoldungsstufe A15 aus der Besoldungsstufe A13 heraus müssen saarländische Lehrkräfte insgesamt sogar sechs Jahre die Tätigkeit verrichten, ehe sie die entsprechende Besoldungsstufe erreichen.

Wie unterstützen Sie unsere Forderung, dass mit der Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit die Besoldungserhöhung nach einer deutlich kürzeren

Bewährungszeit als bisher erfolgt (wie dies auch in anderen Bundesländern üblich ist, z. B. in Rheinland-Pfalz nach 6 Monaten)?

Wer in einer Funktion seine Leistung erbringt, der muss auch entsprechend bezahlt werden. Die Lehrkräfte dürfen nicht für die falsche Steuer- und Haushaltspolitik der vergangenen Jahre büßen müssen. Deshalb sind wir dafür, dass mit der Übertragung einer bestimmten Funktion auch möglichst zeitnah die „Übertragung“ auf die entsprechende Besoldungsgruppe erfolgt. Die Besoldungserhöhung sollte nach einer kürzeren Bewährungszeit als bisher erfolgen – wie in anderen Bundesländern.

Es ist für uns völlig klar und eine langjährige Forderung, dass Funktionsstellen zügig besetzt werden müssen, um die Bildungsqualität an den Schulen zu sichern und weiterzuentwickeln.

Die Lage im Hinblick auf unbesetzte Funktionsstellen im Schulbereich spitzt sich schon lange zu und muss gelöst werden. Es ist für die Schulen wichtig, dass die Stellen möglichst schnell und kompetent besetzt werden können.

Das Anforderungsprofil an Leitungsfunktionen hat sich über die Jahre enorm verändert. Die Aufgaben, die auf Funktionsstellen zu leisten sind, sind ständig erweitert worden, offensichtlich ohne den Umfang der verbleibenden Unterrichtsverpflichtung in dem Maße zu reduzieren, dass Leitungsaufgaben auch verantwortlich bewältigt werden können.

Hier gilt es, bessere Perspektiven und Rahmenbedingungen zu schaffen:

- Die Stellen müssen zeitnah ausgeschrieben werden, damit Neubesetzungen nicht verzögert werden – Einsparungen durch die Hintertür sind mit Blick auf die Herausforderungen an den Schulen nicht vertretbar.
- Es muss dafür Sorge getragen werden, dass den Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern ein angemessenes Zeitbudget zur Verfügung gestellt wird.
- Schulen, die besondere Aufgaben erledigen und nachweislich einen erhöhten Koordinationsaufwand haben, sollten zusätzliche Funktionsstellen erhalten.
- Dem Trend, zunehmend befristete Arbeitsverträge statt fester Planstellen für Lehrkräfte anzubieten, ist insgesamt entgegenzuwirken, um verstärkt Anreize für den Lehrerberuf zu schaffen.

5. Frage:

Zukünftig müssen die Lehrkräfte an saarländischen Schulen bis zum 67. Lebensjahr unterrichten. Viele gehen aber durch die aufreibende Tätigkeit als Lehrkraft aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand und erreichen nicht die Altersgrenze. In vielen anderen Branchen gibt es flexible Modelle zum Übergang in den Ruhestand (z. B. Flexirente und Altersteilzeit).

Wie positionieren Sie sich zu diesem Thema?

Wir lehnen die Rente mit 67 ab, da sie nichts anderes als eine versteckte Rentenkürzung ist. Schließlich können viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch gesundheitlich oder körperlich gar nicht bis 67 arbeiten – seien es Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Krankenpflegepersonal oder Dachdecker. Auch Modelle wie Flexirente und Altersteilzeit helfen wenig, da das Niveau der gesetzlichen Rente von CDU, CSU, SPD, FDP und Grünen abgesenkt wurde. In Österreich erhält ein Durchschnittsrentner im Monat 800 Euro gesetzliche Rente

mehr als in Deutschland! Wir wollen die Rente mit 67 abschaffen, die Kürzungsfaktoren streichen und die Absenkung des Rentenniveaus rückgängig machen. Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr länger arbeiten können, müssen im Alter auch würdig leben können.

6. Frage:

Im Saarland werden dringend geeignete Bewerber für den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Beruflichen Schulen mit den Fachrichtungen Technik (Metalltechnik, Mechatronik, Elektrotechnik, Fahrzeugtechnik), Informatik sowie Gesundheit, Sozialpädagogik, Ernährung und Hauswirtschaft benötigt und auch in Wirtschaftspädagogik sind zukünftig ausreichend Bewerber erforderlich.

Was werden Sie tun, um in Zukunft den Bedarf an geeigneten Bewerbern zu sichern?

Die MINT-Fächer müssen grundsätzlich gestärkt werden - es war ein schwerer Fehler, an der Universität die Ingenieurausbildung zurückzufahren. Dadurch ist der Fokus auf die Fachrichtung Technik z. B. geschwächt. Die Lehrerausbildung, das Lehramtsstudium muss aber in den „Mangelfächern“ gestärkt werden, damit die Bewerberzahlen steigen und das Studium interessanter wird – mit einer besseren Werbung für den Einstieg in das Lehramt an beruflichen Schulen, mit einer echten Fächeroffensive und dem Angebot besserer Perspektiven nach der Lehrerausbildung. Dazu gehört auch, die Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger für den Vorbereitungsdienst mit Blick auf das Lehramt nachzuqualifizieren.

7. Frage:

Die saarländische Wirtschaft befindet sich in einem fortschreitenden Technologie- und Strukturwandel. Dieser Wandel wird eine Vielzahl von Änderungen in der Arbeitswelt zur Folge haben, auf die die Beruflichen Schulen die Schülerinnen und Schüler verstärkt vorbereiten müssen.

Was werden Sie tun, um die Beruflichen Schulen besser auf die Transformation der Wirtschaft vorzubereiten?

Insbesondere die beruflichen Schulen stehen vor großen Herausforderungen mit Blick auf die Digitalisierung der Arbeitswelt und brauchen daher eine viel bessere technische Ausstattung. Die Schulform der Beruflichen Schulen ist schon viel zu lange unterfinanziert und unterpersonalisiert. Das muss sich ändern. Die BBZ's müssten viel stärker zu regionalen Kompetenzzentren der Aus- und Weiterbildung entwickelt werden.

Wir wollen

- ein pädagogisches Konzept zu digitalem Unterricht, mit klaren Zielvorgaben und einer Anpassung der Lehrpläne – gekoppelt mit entsprechenden Fortbildungen.
- an allen Schulen flächendeckend schnelle Internetverbindungen.
- landesweite Regelungen dafür, wer in den Schulen für die Wartung und den technischen Support zuständig ist, verbunden mit einem festen Stunden-Deputat für diese wichtige Aufgabe.
- bessere Voraussetzungen für IT-Fachkräfte an Schulen.
- die Digitalisierung in der Lehreraus- und -weiterbildung verankern.

- digitale Medienbildung als Querschnittsaufgabe auf den Weg bringen.
- ausreichend freies Internet-Datenvolumen, Infrastruktur, freie Rückzugsräume zum ungestörten Lernen und weitere Unterstützung für die Schülerinnen und Schüler.

8. Frage:

Die ehemals eigenständige Abteilung der Beruflichen Schulen am Ministerium für Bildung und Kultur wurde in eine, für alle Schulen des Saarlandes zuständige, Abteilung integriert. Statt einer Abteilung gibt es nur noch ein Referat, das für die Beruflichen Schulen zuständig ist. Auch am Landesinstitut für Pädagogik und Medien hat sich die Organisationsstruktur derart verändert, dass es keine eigene Abteilung mehr für die Beruflichen Schulen gibt. Diese Änderungen werden dem umfangreichen System der Beruflichen Schulen mit vielen verschiedenen Schulformen und ihrer hohen Anzahl an Ab- und Anschlüssen nicht gerecht, weswegen wir eine deutlichere Sichtbarkeit der Beruflichen Schulen - sowohl am MBK als auch am LPM - fordern. Dies könnte durch die Einrichtung eines Instituts für Berufliche Bildung, wie dies bspw. in Hamburg oder Schleswig-Holstein praktiziert wird, erfolgen. Wie unterstützen Sie diese Forderung?

Wir unterstützen diese Forderung voll umfänglich. Wir haben uns in den bildungspolitischen Diskussionsrunden der letzten Zeit sowie im Bildungsausschuss gegen die Strukturentscheidung ausgesprochen, dass die beruflichen Schulen keine eigenständige Abteilung im Ministerium mehr haben. Dabei brauchen sie gerade dies vor dem Hintergrund, dass die „Beruflichen“ eine Aufwertung erfahren müssen. Gleiches gilt für das LPM.

9. Frage:

Können sich die Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler darauf verlassen, dass die intendierten positiven Effekte der Digitalisierung im Bildungsbereich nicht durch erhöhten Verwaltungsaufwand (z. B. zu hoher Zeugnisaufwand in der Berufsschule) aufgezehrt werden? Die Lehrkräfte wollen mehr Zeit für die pädagogisch-fachliche Vor- und Nachbereitung statt für Verwaltung.

Wie will Ihre Partei die Schulen unterstützen, um die Digitalisierung zur echten Verwaltungsvereinfachung werden zu lassen?

Die digitale Infrastruktur an unseren Schulen hinkt der Entwicklung hinterher – von einer Anbindung an das Glasfasernetz ganz zu schweigen. Internet-Recherche, die Vermittlung von Lerninhalten über Online-Angebote und der kritische Umgang auch mit Online-Medien gehören heute zum Unterricht dazu.

Ein durchdachtes, innovatives Digitalisierungskonzept, das im Dialog mit Expertinnen und Experten sowie den Lehrkräften (und nicht über deren Köpfe hinweg) erarbeitet wird, ist notwendig – will sagen: mit pädagogischer Begleitung, weiterentwickelt in den Lehrplänen und datenschutzkonform sowie rechtssicher. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Digitalisierung an unseren Schulen gelingt – und nicht zum Hemmnis wird. Lehrkräfte brauchen dazu mehr Zeit statt weniger.

